



Quelle: Experten

# Der digitale Kinderschutz wird zum Stresstest für das Gesundheitssystem

Ute Pappelbaum

**Die Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ hat einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vorgelegt. Unterstützung erhält sie von der DAK-Gesundheit. Vorstandschef Andreas Storm begrüßt die Empfehlungen ausdrücklich und fordert rasches politisches Handeln. Der Handlungsdruck sei hoch: Nach den jüngsten Ergebnissen der gemeinsam mit dem Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf durchgeführten Mediensuchtstudie zeigt inzwischen jedes vierte Kind eine riskante Social-Media-Nutzung oder bereits suchtähnliche Verhaltensmuster.**

Doch die eigentliche Bedeutung des Berichts reicht weit über Fragen von Bildschirmzeiten, Social Media oder Medienpädagogik hinaus. Die Kommission beschreibt digitale Risiken erstmals als strukturelle Herausforderung für Bildungssystem, Gesundheitswesen und Sozialstaat. Genau darin liegt die politische Sprengkraft des Berichts.

## Die Expertenkommission verschiebt die Debatte grundlegend

Der Bericht verabschiedet sich von einer Denkweise, die digitale Risiken primär als Problem individueller Mediennutzung betrachtet.

Nach Auffassung der Kommission hängen die Auswirkungen digitaler Angebote nicht allein von der Nutzungsdauer ab. Entscheidend seien vielmehr die Gestaltung der Plattformen, die Funktionsweise von Algorithmen, die

individuelle Vulnerabilität von Kindern und Jugendlichen sowie die Qualität der Begleitung durch Familie, Schule und Hilfesysteme.

Damit verschiebt sich der Fokus von der Frage, wie Kinder digitale Medien nutzen, hin zur Frage, wie digitale Märkte gestaltet sind.

Die Kommission formuliert dafür eine Leitidee, die sich durch den gesamten Bericht zieht: Schutz, Befähigung und Teilhabe sollen gleichrangig nebeneinanderstehen. Kinder und Jugendliche sollen vor Risiken geschützt werden, gleichzeitig aber Kompetenzen erwerben und an digitalen Lebenswelten teilhaben können.

## Plattformen sollen stärker für Risiken verantwortlich werden

Besonders bemerkenswert ist die ordnungspolitische Stoßrichtung der Empfehlungen.

Die Kommission kritisiert indirekt ein Modell, in dem Plattformbetreiber ihre Geschäftsmodelle auf maximale Aufmerksamkeit, Interaktion und Verweildauer ausrichten, während Familien, Schulen und Gesundheitssysteme die Folgen problematischer Nutzung auffangen müssen.

Dahinter steht eine grundlegende wirtschaftspolitische Frage: Wer trägt die Kosten digitaler Geschäftsmodelle?

Bislang werden viele Folgelasten sozialisiert. Psychische Belastungen, Beratungsbedarf, therapeutische Versorgung oder schulische Probleme entstehen häufig außerhalb der Unternehmen, deren Produkte diese Risiken zumindest teilweise mitverursachen.

Die Kommission fordert deshalb eine Verlagerung der Verantwortung. Risiken sollen stärker dort adressiert werden, wo sie entstehen. Der Ansatz „Jugendschutz by Design“ verfolgt genau dieses Ziel. Plattformen sollen bereits bei der Gestaltung ihrer Angebote Risiken reduzieren, statt die Verantwortung später auf Eltern oder pädagogische Einrichtungen abzuwälzen.

## Altersgrenzen für Social Media bleiben umstritten

Besonders kontrovers ist die Diskussion über den Zugang zu sozialen Netzwerken.

Die Kommission beschreibt zwei denkbare Wege. Die erste Variante sieht eine gesetzliche Mindestaltersgrenze von 13 Jahren für eigenständige Social-Media-Accounts vor. Die zweite Variante setzt stattdessen auf eine risikobasierte Regulierung einzelner Funktionen.

Beschränkt werden könnten beispielsweise algorithmische Empfehlungsfeeds, offene Kontaktmöglichkeiten, Livestreams oder andere Funktionen mit erhöhtem Gefährdungspotenzial.

Auffällig ist dabei die europäische Perspektive des Berichts. Nationale Alleingänge werden skeptisch bewertet. Die entscheidende Regulierungsebene sieht die Kommission in Europa. Deshalb richten sich zahlreiche Vorschläge auf die Weiterentwicklung des Digital Services Act und auf eine wirksamere Durchsetzung bestehender europäischer Regeln.

Für die Plattformökonomie wäre dies ein erheblicher Eingriff. Viele der diskutierten Schutzmaßnahmen betreffen

ausgerechnet jene Funktionen, die heute für Reichweite, Nutzerbindung und Werbeerlöse besonders wichtig sind.

## Künstliche Intelligenz eröffnet neue Risiken

Der Bericht beschränkt sich nicht auf soziale Medien.

Großen Raum nimmt die rasante Verbreitung generativer Künstlicher Intelligenz ein. Die Kommission erkennt erhebliche Chancen für Bildung, individuelle Förderung und gesellschaftliche Teilhabe. Gleichzeitig warnt sie vor neuen Gefährdungen.

Kinder und Jugendliche könnten KI-Systeme zunehmend als Vertrauenspersonen wahrnehmen. Daraus ergeben sich Risiken durch Fehlinformationen, manipulative Interaktionen, emotionale Bindungen oder neue Formen digitaler Abhängigkeit.

Die Experten empfehlen deshalb unter anderem ein verpflichtendes „KI-Seepferdchen“ für Kinder, den systematischen Ausbau von KI-Kompetenz in Schulen und besondere Schutzmechanismen für risikoreiche KI-Anwendungen.

Der Bericht macht damit deutlich, dass die aktuelle Social-Media-Debatte nur ein Teil einer deutlich umfassenderen digitalen Transformationsdebatte ist.

## Digitale Belastungen werden zur gesundheitspolitischen Herausforderung

Besonders auffällig ist die starke Rolle des Gesundheitswesens innerhalb des Maßnahmenkatalogs.

Die Kommission fordert verbindliche Beratungen zur Mediennutzung im Rahmen kinderärztlicher Vorsorgeuntersuchungen. Sie schlägt ein abgestuftes Präventionssystem gegen problematische Mediennutzung vor und empfiehlt einheitliche Standards bei Diagnose und Behandlung digitaler Verhaltenssuchte.

Damit verändert sich die politische Einordnung des Themas grundlegend.

Digitale Belastungen werden nicht mehr ausschließlich als Erziehungs- oder Bildungsfrage betrachtet. Sie werden zu einer gesundheitspolitischen Herausforderung mit

langfristigen Auswirkungen auf psychische Gesundheit, Bildungsbiografien und gesellschaftliche Teilhabe.

Die Debatte wandert damit aus der Medienpädagogik in die Präventions- und Versorgungspolitik.

## Die Empfehlungen treffen auf ein bereits überlastetes System

Genau hier beginnt die eigentliche Herausforderung.

Die Kommission fordert mehr Prävention, mehr Früherkennung, mehr Beratung und einen schnelleren Zugang zu psychologischer Unterstützung. Gleichzeitig stößt das Versorgungssystem bereits heute vielerorts an seine Grenzen.

Kinder- und Jugendpsychologen sind in vielen Regionen über Monate ausgebucht. Therapieplätze bleiben knapp. Auch die kinderärztliche Versorgung wird zunehmend zum Engpassfaktor. Besonders in ländlichen Regionen verschärft sich die Situation durch demografischen Wandel und Fachkräftemangel.

Damit entsteht ein grundlegender Zielkonflikt.

Je erfolgreicher digitale Risiken erkannt werden, desto stärker wächst der Bedarf an Hilfs- und Versorgungsleistungen. Die politische Forderung nach mehr Schutz erzeugt zwangsläufig zusätzlichen Druck auf ein System, das bereits heute mit erheblichen Kapazitätsproblemen kämpft.

## Warum die Debatte für Krankenversicherer relevant ist

Für Krankenversicherungen und andere Akteure des Gesundheitswesens reicht die Bedeutung des Berichts deshalb weit über den Jugendschutz hinaus.

Psychische Belastungen im Kindes- und Jugendalter wirken häufig über Jahrzehnte nach. Sie beeinflussen Bildungswege, Erwerbsbiografien, Krankheitsverläufe und langfristige Gesundheitsausgaben.

Aus versicherungsökonomischer Sicht handelt es sich damit um ein klassisches Präventionsthema.

Jede erfolgreiche Präventionsmaßnahme reduziert potenzielle Folgekosten. Gleichzeitig steigt jedoch kurzfristig der Bedarf an Beratung, Diagnostik, Therapie und Begleitung. Die Kommission fordert somit nicht nur besseren

Kinderschutz, sondern indirekt auch erhebliche Investitionen in die gesundheitliche Versorgungsinfrastruktur.

## Der Bericht ist eine Warnung vor einem strukturellen Versorgungsproblem

Die Empfehlungen der Expertenkommission sind deshalb weit mehr als ein Maßnahmenkatalog für Eltern, Schulen oder Plattformbetreiber.

Sie markieren einen Übergang von der Nutzerverantwortung zur Systemverantwortung. Plattformen sollen stärker reguliert werden, staatliche Institutionen früher eingreifen und Gesundheits- sowie Bildungssysteme enger zusammenarbeiten.

Der eigentliche Befund des Berichts ist jedoch ein anderer.

Deutschland erkennt zunehmend die Risiken digitaler Lebenswelten für Kinder und Jugendliche. Gleichzeitig fehlen vielerorts genau jene Fachkräfte und Strukturen, die für Prävention, Beratung und Behandlung notwendig wären.

Der digitale Kinderschutz wird damit zu einem Stresstest für das Gesundheitssystem. Die entscheidende Frage lautet nicht, ob mehr Schutz notwendig ist. Die entscheidende Frage lautet, ob die Gesellschaft bereit ist, die personellen und finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Schutzversprechen bleiben wirkungslos, wenn Kinder zwar früher als Risikofälle erkannt werden – am Ende aber niemand verfügbar ist, der ihnen tatsächlich helfen kann.

Versicherungs- und Finanznachrichten

# expertenReport



<https://www.experten.de/id/4950526/Der-digitale-Kinderschutz-wird-zum-Stresstest-fuer-das-Gesundheitssystem/>